

München, 02.10.2019

Hunderte Führerschein-Sondergenehmigungen für Jugendliche in Mittelfranken und Niederbayern

Verkehrspolitische Sprecherin Inge Aures: Beleg dafür, dass Busangebot auf dem Land reine Katastrophe ist - Bayern braucht ein flächendeckendes ÖPNV-Netz, das den Namen verdient

Die Führerschein-Sondergenehmigungen für Minderjährige sind laut einer aktuellen SPD-[Anfrage](#) in manchen ländlichen Gebieten besonders hoch. Für die verkehrspolitische Sprecherin **Inge Aures** ist das ein Beleg für den katastrophalen Zustand des ÖPNV vor Ort. "In Niederbayern gab es im Jahr 2018 sage und schreibe 379 Sondergenehmigungen - in Oberbayern mit fast viermal so viel Einwohnern nur 35", erklärt Aures. "Wenn man weiß, dass Sondergenehmigungen sehr streng vergeben werden - und zwar nur dann, wenn etwa ein 17-Jähriger keine andere Chance hat, zu seinem Ausbildungsplatz zu kommen, als mit dem eigenen Auto - ist das ein miserables Zeugnis für den öffentlichen Personennahverkehr vor Ort."

Spitzenreiter sei der mittelfränkische Landkreis Ansbach mit 153 Sondergenehmigungen im Jahr 2018. "Die Staatsregierung behauptet, dass sie ihr Bestes gibt, den öffentlichen Verkehr auf dem Land auszubauen. Die Zahlen der Führerschein-Sondergenehmigungen sprechen eine andere Sprache." Was es brauche, sei ein ÖPNV-Angebot auch auf dem Land, das diesen Namen verdiene, so Aures. "Wir fordern für jeden Ort ab 1000 Einwohner eine 1-Stunden-Taktung etwa für einen Bus oder zumindest ein Ruftaxi. Die bisherige Praxis ist höchst ungerecht: Was ist mit den Azubis, die sich kein eigenes Auto leisten können? Oder aus was für Gründen auch immer die Genehmigung für die vorzeitige Fahrerlaubnis versagt bekommen? Der Freistaat ist in der Pflicht, die Kommunen auf dem Land bei der Verkehrsplanung zu unterstützen."

[Anfrage](#)

[Anlage zur Anfrage](#)